

Ausgedruckt am 24. 10. 2002

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija über die Förderung und den Schutz von Investitionen

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija über die Förderung und den Schutz von Investitionen

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE GROSSE SOZIALISTISCHE LIBYSCH-ARABISCHE VOLKS-DSCHAMAHIRIJA, im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, dass die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme derartiger Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Investor einer Vertragspartei“

- a) eine natürliche Person, die in Übereinstimmung mit ihren anwendbaren Rechtsvorschriften Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, oder
- b) ein Unternehmen, das gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften einer Vertragspartei gegründet wurde oder organisiert ist,

und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt oder getätigt hat.

(2) bezeichnet der Begriff „Investition durch einen Investor einer Vertragspartei“ alle Vermögenswerte im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die direkt oder indirekt im Eigentum oder unter der Kontrolle eines Investors der anderen Vertragspartei stehen, einschließlich:

- a) eines Unternehmens, das gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften der erstgenannten Vertragspartei gegründet wurde oder organisiert ist;
- b) Anteilsrechte, Aktien und andere Arten von Beteiligungen an einem Unternehmen gemäß lit. a und daraus abgeleitete Rechte;
- c) Obligationen, Schuldverschreibungen, Darlehen und andere Forderungen und daraus abgeleitete Rechte;
- d) durch Gesetz oder Vertrag übertragene Rechte einschließlich Bauverträge für schlüsselfertige Projekte, Konzessionen, Lizenzen, Ermächtigungen oder Genehmigungen einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen;

- e) Ansprüche auf Geld und Ansprüche auf eine vertraglich vereinbarte Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- f) geistige Schutzrechte, wie sie in den im Rahmen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum abgeschlossenen multilateralen Abkommen definiert wurden, einschließlich gewerbliche Eigentumsrechte, Urheberrechte, Handelsmarken, Erfinderpatepte, gewerbliche Modelle und technische Verfahren, Know-how, Handelsgeheimnisse, Handelsnamen und Goodwill;
- g) jedes sonstige Eigentum an körperlichen und unkörperlichen, beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten sowie alle damit verbundenen Eigentumsrechte wie Vermietungs- und Verpachtungsverhältnisse, Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte oder Nutzungsrechte.

(3) bezeichnet der Begriff „Unternehmen“ eine juristische Person oder jedes Rechtssubjekt, das gemäß den anwendbaren Rechtsvorschriften einer Vertragspartei gegründet wurde oder organisiert ist und in Privat- oder Staatseigentum oder unter privater oder staatlicher Kontrolle steht, einschließlich Kapitalgesellschaften, Trusts, Personengesellschaften, Einzelunternehmen, Zweigniederlassungen, Joint Ventures oder Vereinigungen.

(4) bezeichnet der Begriff „Erträge“ die Beträge, die eine Investition erbringt, und zwar insbesondere Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

(5) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ in Hinblick auf jede Vertragspartei das Festland, die Binnengewässer, Hoheitsgewässer und den Luftraum in ihrer Hoheitsgewalt, einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, über die die Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Zuständigkeit ausübt.

ARTIKEL 2

Förderung und Zulassung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert und lässt Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und Rechtsvorschriften zu.

(2) Jede Änderung der Art und Weise, in der Vermögenswerte investiert oder reinvestiert werden, beeinträchtigt nicht ihre Eigenschaft als Investition, vorausgesetzt, dass eine derartige Änderung in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, erfolgt.

ARTIKEL 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eine gerechte und billige Behandlung sowie vollen und dauerhaften Schutz und Sicherheit.

(2) Keine Vertragspartei beeinträchtigt durch unangemessene oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, den Betrieb, die Instandhaltung, die Nutzung, den Genuss, die Veräußerung und die Liquidation einer Investition durch Investoren der anderen Vertragspartei.

(3) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen hinsichtlich der Verwaltung, des Betriebs, der Instandhaltung, der Nutzung, des Genusses, der Veräußerung und der Liquidation einer Investition, je nachdem, was für den Investor günstiger ist, eine nicht weniger günstige Behandlung als ihren eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(4) Keine Bestimmung dieses Abkommens ist dahin gehend auszulegen, dass sie eine Vertragspartei verpflichtet, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone, einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder einem multilateralen Investitionsabkommen,
- b) einem internationalen Abkommen, einer internationalen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen.

(5) Jede Vertragspartei veröffentlicht unverzüglich ihre Gesetze, Rechtsvorschriften, Verfahren sowie internationale Vereinbarungen, die die Wirksamkeit dieses Abkommens beeinflussen können oder macht diese in anderer Form öffentlich zugänglich.

ARTIKEL 4**Enteignung und Entschädigung**

(1) Eine Vertragspartei darf Investitionen eines Investors der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt enteignen oder verstaatlichen oder sonstige Maßnahmen mit gleicher Wirkung (im Folgenden „Enteignung“ genannt) ergreifen, ausgenommen:

- a) zu einem Zweck von öffentlichem Interesse,
- b) auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
- c) auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und
- d) in Verbindung mit einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigungszahlung in Übereinstimmung mit den nachstehenden Absätzen 2 und 3.

(2) Die Entschädigung

- a) wird ohne Verzögerung geleistet. Kommt es zu einer Verzögerung, trägt das Gastland die auf Grund der Verzögerung entstandenen Kursverluste.
- b) hat dem gerechten Marktwert der enteigneten Investition unmittelbar vor der Durchführung der Enteignung zu entsprechen. Der gerechte Marktwert beinhaltet keine Wertveränderungen auf Grund der Tatsache, dass die Enteignung früher öffentlich bekannt wurde.
- c) ist in das von den betroffenen Anspruchswerbern bezeichnete Land frei transferierbar und wird in der Währung des Landes, dessen Staatsangehörige die Anspruchswerber sind, oder in jeder frei konvertierbaren Währung, die von den Anspruchswerbern akzeptiert wird, geleistet.
- d) beinhaltet Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz, berechnet auf der Marktbasis der Währung, in der die Zahlung erfolgt.

(3) Ein Investor einer Vertragspartei, der behauptet, von der Enteignung durch die andere Vertragspartei betroffen zu sein, hat das Recht, den Fall, einschließlich der Bewertung seiner Investition und die Entschädigungszahlung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels durch ein richterliches oder anderes zuständiges und unabhängiges Organ der letztgenannten Vertragspartei umgehend überprüfen zu lassen.

ARTIKEL 5**Entschädigung für Verluste**

(1) Ein Investor einer Vertragspartei, der in Zusammenhang mit seiner Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf Grund eines Krieges oder anderen bewaffneten Konfliktes, eines Notstands, einer Revolution, eines Aufstands, ziviler Unruhen oder eines sonstigen ähnlichen Ereignisses oder höherer Gewalt im Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei einen Verlust erleidet, erfährt hinsichtlich Rückerstattung, Entschädigung, Schadenersatz oder anderer Regelung durch die letztgenannte Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als jene, die sie ihren eigenen Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt, je nachdem, welche die günstigste für den Investor ist.

(2) Ein Investor einer Vertragspartei, der bei einem in Absatz 1 genannten Ereignis einen Verlust erleidet durch:

- a) Beschlagnahme seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei oder
- b) Zerstörung seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei, die unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

erhält auf jeden Fall durch die letztgenannte Vertragspartei eine Rückerstattung oder Entschädigung, die in jedem Fall umgehend, angemessen und effektiv sein muss, und, was die Entschädigung betrifft, in Übereinstimmung mit Artikel 4 Absatz 2 und 3 erfolgt.

ARTIKEL 6**Transfers**

(1) Jede Vertragspartei garantiert, dass sämtliche Zahlungen in Zusammenhang mit einer Investition eines Investors der anderen Vertragspartei ohne Verzögerung in ihr und aus ihrem Hoheitsgebiet frei transferiert werden können. Diese Transfers umfassen insbesondere:

- a) das Anfangskapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Investition;
- b) Erträge;

- c) Zahlungen auf Grund von Verträgen einschließlich Darlehensverträgen;
- d) Erlöse aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation einer Investition;
- e) Entschädigungszahlungen gemäß den Artikeln 4 und 5;
- f) Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung.

(2) Transfers erfolgen in einer frei konvertierbaren Währung zu dem gemäß den Devisenbestimmungen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, am Tag des Transfers geltenden Wechselkurs.

ARTIKEL 7

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution auf Grund einer Schadenshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages für eine Investition durch einen Investor im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Zahlung, so anerkennt die letztgenannte Vertragspartei unbeschadet der Rechte des Investors gemäß Kapitel Zwei, Teil Eins die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors auf die erstgenannte Vertragspartei oder die von ihr hierzu ermächtigte Institution sowie das Recht der erstgenannten Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Institution, alle diese Rechte und Ansprüche auf Grund des Eintrittsrechts im gleichen Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben.

ARTIKEL 8

Andere Verpflichtungen

(1) Jede Vertragspartei hält jede Verpflichtung ein, die sie hinsichtlich spezieller Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eingegangen ist.

(2) Enthalten die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder völkerrechtliche Verpflichtungen, die derzeit neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, allgemeine oder spezielle Regelungen, durch die Investitionen von Staatsangehörigen oder Unternehmen der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewährt ist, so gehen diese Regelungen dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger sind.

ARTIKEL 9

Nichtgewährung von Vorteilen

Eine Vertragspartei kann einem Investor der anderen Vertragspartei und dessen Investitionen die Vorteile aus diesem Abkommen verwehren, wenn Investoren eines Staates, der nicht Vertragspartei ist, ein Eigentumsrecht oder eine Kontrolle über den erstgenannten Investor ausüben und dieser Investor im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, nach deren Rechtsvorschriften er gegründet wurde oder organisiert ist, keine entscheidende Geschäftstätigkeit ausübt.

KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

TEIL EINS: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei

ARTIKEL 10

Geltungsbereich und Befugnisse

Dieser Teil gilt für Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über eine behauptete Nichteinhaltung einer Verpflichtung aus diesem Abkommen seitens der Erstgenannten, wodurch für den Investor oder seine Investition Verlust oder Schaden entsteht.

ARTIKEL 11

Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten, Fristen

(1) Zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über eine behauptete Nichteinhaltung einer Verpflichtung aus diesem Abkommen, finden zwischen den betreffenden Parteien Konsultationen statt.

(2) Führen diese Konsultationen nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem ein Antrag auf Konsultationen gestellt wurde, zu einer Lösung, kann der Investor die Streitigkeit unterbreiten:

- a) den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsgerichten der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde,
- b) gemäß einem anwendbaren, vorher vereinbarten Streitbeilegungsverfahren oder
- c) in Übereinstimmung mit diesem Artikel
 - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), welches auf Grund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten („ICSID Konvention“) eingerichtet wurde, wenn sowohl die Vertragspartei des Investors als auch die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei Mitglied der ICSID Konvention ist,
 - ii) dem Zentrum gemäß den Regeln der Zusatzfazität für die Verwaltung von Verfahren durch das Sekretariat des Zentrums, wenn entweder die Vertragspartei des Investors oder die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei, aber nicht beide Parteien Mitglied der ICSID Konvention sind,
 - iii) einem Ad-hoc-Schiedsgericht, das auf Grund der Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht („UNCITRAL“) eingerichtet wird,
 - iv) der Internationalen Handelskammer durch einen Einzelschiedsrichter oder ein Ad-hoc-Schiedsgericht gemäß ihren Schiedsregeln.

ARTIKEL 12

Zustimmung der Vertragsparteien

(1) Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihre uneingeschränkte Zustimmung, eine Streitigkeit einem internationalen Schiedsverfahren gemäß diesem Teil zu unterwerfen.

(2) Die in Absatz 1 genannte Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, dass die Rechtsmittel im innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft sind.

ARTIKEL 13

Schadenersatz

Eine Vertragspartei macht nicht als Einwand, Gegenforderung, Aufrechnung oder aus einem anderen Grund geltend, dass eine Entschädigung oder andere Form von Schadenersatz bezüglich des gesamten behaupteten Schadens oder eines Teiles davon auf Grund einer Schadloshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages geleistet wurde oder geleistet wird.

ARTIKEL 14

Anwendbares Recht

(1) Ein gemäß diesem Teil eingerichtetes Gericht entscheidet über die Streitigkeit in Übereinstimmung mit diesem Abkommen sowie den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Strittige Angelegenheiten gemäß Artikel 8 werden in Ermangelung einer anderen Vereinbarung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei, den Rechtsvorschriften über die Genehmigung oder Vereinbarung und den anwendbaren Regeln des Völkerrechts geregelt.

ARTIKEL 15

Schiedsurteile und Vollstreckung

(1) Schiedsurteile, die einen Zuspruch von Zinsen beinhalten können, sind für die Streitparteien endgültig und bindend und können Rechtsschutz in folgender Form gewähren:

- a) eine Erklärung, dass die Vertragspartei ihre Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen nicht erfüllt hat,
- b) Entschädigung in Geld einschließlich Zinsen von dem Zeitpunkt, zu dem der Verlust oder Schaden auftrat, bis zum Zeitpunkt der Zahlung,
- c) in geeigneten Fällen Rückerstattung in Form von Sachleistungen, vorausgesetzt, dass die Vertragspartei, wenn eine Rückerstattung nicht möglich ist, stattdessen Entschädigung in Geld leisten kann, sowie
- d) mit Zustimmung der Streitparteien Rechtsschutz in jeder anderen Form.

(2) Jede Vertragspartei sorgt für die wirksame Vollstreckung von Schiedsurteilen gemäß diesem Artikel und setzt jedes in einem Verfahren, in dem sie Partei ist, ergangene derartige Schiedsurteil unverzüglich durch.

TEIL ZWEI: Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

ARTIKEL 16

Geltungsbereich, Konsultationen, Vermittlungs- und Vergleichsverfahren

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit wie möglich, auf freundschaftlichem Weg oder durch Konsultationen, Vermittlungs- oder Vergleichsverfahren beigelegt.

ARTIKEL 17

Einleitung von Verfahren

(1) Auf Antrag einer Vertragspartei kann eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht früher als 90 Tage, nachdem die andere Vertragspartei von diesem Antrag in Kenntnis gesetzt wurde, einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden.

(2) Eine Vertragspartei kann auf Grund einer Streitigkeit in Hinblick auf die Verletzung von Rechten eines Investors, die dieser Investor einem Schiedsverfahren gemäß Teil Eins dieses Kapitels unterworfen hat, kein Verfahren gemäß diesem Teil einleiten, es sei denn, dass die andere Vertragspartei es verabsäumt hat, das in dieser Streitigkeit ergangene Schiedsurteil zu befolgen bzw. einzuhalten oder dass das Verfahren ohne eine Entscheidung eines Schiedsgerichts über die Ansprüche des Investors eingestellt wurde.

ARTIKEL 18

Bildung des Schiedsgerichts

(1) Das Schiedsgericht konstituiert sich ad hoc auf folgende Weise: Jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und diese beiden Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei (2) Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem eine Vertragspartei die andere Vertragspartei von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt hat, die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterwerfen, bestellt, der Vorsitzende ist innerhalb von weiteren zwei (2) Monaten zu bestellen.

(2) Werden die in Absatz 1 festgelegten Fristen nicht eingehalten, kann jede Vertragspartei in Ermangelung einer relevanten Vereinbarung den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, diese Funktion auszuüben, so ist der Vizepräsident oder im Falle seiner Verhinderung, das nächstdienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Bedingungen zu ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Die Mitglieder eines Schiedsgerichts sind unabhängig und unparteiisch.

ARTIKEL 19

Anwendbares Recht, Unterlassungsbestimmungen

(1) Das Schiedsgericht entscheidet über Streitigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Sofern die Streitparteien nichts anderes bestimmen, gilt für Angelegenheiten, die nicht unter andere in diesem Teil enthaltene Bestimmungen fallen, die freiwillige Verfahrensordnung für Schiedsverfahren des Ständigen Schiedshofs.

ARTIKEL 20

Schiedsurteile

(1) Das Schiedsgericht legt in seinem Schiedsurteil seine Rechts- und Tatsachenfeststellungen samt ihren Begründungen dar und kann auf Verlangen einer Vertragspartei Rechtsschutz in folgender Form gewähren:

- a) eine Erklärung, dass eine Handlung einer Vertragspartei eine Zuwiderhandlung gegen ihre Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen darstellt,
- b) eine Empfehlung, dass eine Vertragspartei ihre Handlungen mit ihren Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen in Einklang bringen möge,

- c) eine Entschädigung in Geld für Verluste oder Schaden, die der Investor der antragstellenden Vertragspartei oder seine Investition erlitten hat, oder
 - d) jede sonstige Form des Rechtsschutzes, dem die Vertragspartei, gegen die das Schiedsurteil ergeht, zustimmt, einschließlich Rückerstattung in Form von Sachleistungen an einen Investor.
- (2) Das Schiedsurteil ist für die Streitparteien endgültig und bindend.

ARTIKEL 21

Kosten

Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung im Verfahren. Die Kosten des Schiedsgerichts tragen die Vertragsparteien zu gleichen Teilen, sofern das Schiedsgericht nicht eine andere Aufteilung der Kosten festlegt.

ARTIKEL 22

Vollstreckung

Schiedssprüche, durch die Geldmittel zuerkannt werden und die nicht innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Schiedsspruches eingehalten wurden, können in den Gerichten einer der beiden Vertragsparteien, die die Zuständigkeit besitzen, über Vermögenswerte der säumigen Partei zu entscheiden, vollstreckt werden.

KAPITEL DREI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN

ARTIKEL 23

Anwendung des Abkommens

(1) Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gemäß ihren Rechtsvorschriften von Investoren der anderen Vertragspartei sowohl vor als auch nach dem In-Kraft-Treten dieses Abkommens vorgenommen wurden oder werden.

(2) Dieses Abkommen gilt nicht für Ansprüche, die bereits geregelt wurden, oder Verfahren, die vor seinem In-Kraft-Treten eingeleitet wurden.

ARTIKEL 24

Konsultationen

Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei Konsultationen über jede mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehende Frage vorschlagen. Diese Konsultationen werden an einem Ort und zu einem Zeitpunkt, der auf diplomatischem Wege vereinbart wurde, abgehalten.

ARTIKEL 25

In-Kraft-Treten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft; danach wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außer-Kraft-Tretens dieses Abkommens getätigt worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 23 dieses Abkommens noch für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren vom Zeitpunkt des Außer-Kraft-Tretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 18/06/2002, der dem 18/06/1370 entspricht, in zwei Urschriften in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Benita FERRERO-WALDNER

Für die Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija:

Shukri GHANEM

اتفاقية لتشجيع وحماية الاستثمارات

بين الجماهيرية العربية الليبية الشعبية الاشتراكية العظمى

و

جمهورية النمسا

ان الجماهيرية العربية الليبية الشعبية الاشتراكية العظمى وجمهورية النمسا
ويشار اليهما فيما بعد بالاطراف المتعاقدة ورغبة منهما في خلق الظروف الملائمة
لإرساء التعاون الاقتصادي الواسع فيما بينهما.

والتزاما وتعهدا منهما بان تعزيز وحماية الاستثمارات من شأنه تقوية وتسهيل
هذه الاستثمارات وبهذا تتحقق المساهمة الهامة في تطوير العلاقات الاقتصادية.

وإدراكا منهما لضرورة تعزيز وتطوير التشجيع والحماية المتبادلة
للاستثمارات في كلا البلدين بما يكفل تنشيط التعاون الاقتصادي بين البلدين.

فقد اتفقا على ما يلي:

الفصل الاول: الاحكام العامة

المادة (1)

التعريفات

لأغراض هذه الاتفاقية:

- 1- مصطلح (المستثمر التابع للطرف المتعاقد) يعني ما يلي:
- أ. أي شخص طبيعي يحمل جنسية الطرف المتعاقد وفقا للقانون النافذ.
- ب. أي مؤسسة يتم إنشاؤها وتأسيسها كما ينبغي وفقا للقانون النافذ للطرف المتعاقد والذي يباشر مزاوله أو يمتلك استثمارات داخل أراضي الطرف المتعاقد الاخر.

- 2- مصطلح (الاستثمار من جانب مستثمر تابع للطرف المتعاقد) يعني أي نوع من الأصول داخل أراضي احد الاطراف المتعاقدة تكون مملوكة أو تحت رقابة أي مستثمر تابع للطرف المتعاقد الاخر سواء مباشرة أو عن طريق غير مباشر، بما في ذلك:-

- أ. أي مؤسسة يتم إنشاؤها وتأسيسها كما ينبغي بموجب القانون النافذ للطرف المتعاقد الاول.
- ب. الأسهم والسندات وأشكال الأسهم العادية في المؤسسة من أي مؤسسة وفقا لما يشار اليه في الفقرة الفرعية (أ) وكافة الحقوق التي تنشأ عنها.
- ج. السندات وسندات الدين والقروض وأشكال الدين والحقوق الاخرى التي تنشأ عنها.
- د. أي حقوق سواء كانت ممنوحة قانونا أو بموجب عقد بما في ذلك العقود للتنفيذ بتسليم مفتاح والامتيازات والرخص والتصاريح والأذن الخاصة في الالتزام في القيام بنشاط اقتصادي.

- هـ. مطالب الشكاوي الخاصة بالمال أو مطالب الشكوى المتعلقة بالاداء بموجب عقد ذو قيمة اقتصادية.
- و. حقوق الملكية الفكرية كما هو منصوص عليها في الاتفاقيات بين العديد من الجهات.
- ز. وفقا للاتفاقيات التي تم ابرامها تحت رعاية المنظمة الدولية لحماية الملكية، بما في ذلك حقوق الملكية الصناعية وحقوق الطباعة والعلامات التجارية والبراءات والتصميمات الصناعية والعمليات الصناعية الفنية وحق المعرفة الفنية والاسرار التجارية والاسماء التجارية وكذلك حقوق الاستنفاع.
- ح. أي ملكية للاموال المنقولة وغير المنقولة من حقوق الملكية وحقوق الملكية التابعة لها مثل الرهونات العقارية أو الامتيازات أو التعهدات او حقوق الانتفاع.

3- كلمة (مؤسسة) تعني شخص قانوني تم تأسيسه وإنشاؤه بموجب القوانين النافذة الخاصة بالطرف المتعاقد وسواء كانت ملكية خاصة او ملكية عامة بما في ذلك الهيئات التجارية او مؤسسات الائتمان أو التشاركيات أو استثمار مشترك أو جمعية.

4- كلمة (عوائد) تعني حصيلة القيمة للاستثمار وبصفة خاصة الارباح والفوائد وعائدات رأس المال وحصص الارباح والاتاوات والعلوات ورسوم التراخيص والتكاليف الاخرى.

5- كلمة (اقليم) تعني فيما يخص أي طرف من اطراف التعاقد كامل الاراضي التي ينفرد احد الطرفين المتعاقدين بالولاية عليها، وتشمل المنطقة الاقتصادية الخالصة بما في ذلك قاع البحر، والمجال الجوي مما يمارس عليها حقوق السيادة بموجب القانون الدولي.

المادة (2)

تشجيع وقبول الاستثمارات

1- يلتزم كل طرف متعاقد بتشجيع وقبول استثمارات المستثمرين التابعين للطرف المتعاقد الاخر طبقا لقوانينه ولوائحه.

2- أي تغيير في الشكل الذي يتم فيه استثمار الأصول أو يعاد فيه استثمارها لا يؤثر على طبيعتها باعتبارها استثمارات، شريطة أن يتم هذا التعديل وفقاً للقوانين واللوائح السائدة لدى الطرف المتعاقد الذي تم الاستثمار داخل أراضيه.

المادة (3)

معاملة الاستثمارات

- 1- يلتزم كل طرف متعاقد في أن يعطي الاستثمارات الخاصة بالمستثمرين التابعين للطرف المتعاقد الآخر معاملة عادلة ومنصفة وحماية وضممان كاملين.
 - 2- أي طرف من الأطراف المتعاقدة يلتزم في القيام بنشر أو توفير إمكانية نشر قوانينه ولوائحه وإجراءاته بسرعة بالإضافة إلى الاتفاقيات الدولية التي تؤثر على تنفيذ هذه الاتفاقية.
 - 3- يلتزم كلا الطرفين بعدم اتخاذ أي إجراءات غير معقولة أو تمييزية من شأنها إعاقة إدارة أو أعمال أو صيانة أو استخدام أو تصفية أو بيع أو التمتع بالاستثمار الخاص بالمستثمرين التابعين للطرف المتعاقد الآخر.
 - 4- يمنح كل من الطرفين المتعاقدين للمستثمرين التابعين للطرف المتعاقد الآخر واستثماراتهم معاملة لا تقل عن تلك الممنوحة لمستثمريه واستثماراته الخاصة أو إلى المستثمرين التابعين لأي بلد يكون طرف ثالث أو لاستثماراته فيما يتعلق بالإدارة أو التشغيل أو الصيانة أو الاستخدام أو التمتع أو بيع أو تصفية الاستثمار، أيهما يكون أفضل للمستثمر.
 - 5- لا يفسر أي حكم من أحكام هذه الاتفاقية على أنه ملزم للطرف المتعاقد في اسناد أي منفعة في المعاملة الحالية أو المستقبلية أو الأفضلية أو الامتياز الناتج مما يلي تجاه المستثمرين التابعين للطرف المتعاقد الآخر أو تجاه استثماراتهم:-
- أ. أي عضوية في منطقة التجارة الحرة واتحاد الجمارك والسوق المشتركة والسوق الاقتصادي المشترك أو أي اتفاقية استثمار بين العديد من الأطراف.

ب. أي اتفاقية دولية أو ترتيب قانوني دولي أو تشريع محلي فيما يخص الرسوم الضريبية.

المادة (4) نزع الملكية والتعويض

1- أي طرف متعاقد يلتزم بعدم مصادرة أو تأميم الاستثمارات الخاصة بمستثمري الطرف المتعاقد الاخر سواء مباشرة أو بطريقة غير مباشرة أو يقوم باتخاذ إجراءات ذات تأثير مماثل (يشار إليها هنا أدناه بالمصادرة) باستثناء ما يلي:-

- أ. لغرض المصلحة العامة.
- ب. على أساس عدم التمييز.
- ج. طبقاً للإجراءات القانونية السليمة.
- د. وتكون مصحوبة بسداد التعويض العادل والملائم والفعال طبقاً لنصوص المواد (2) و (3) الواردة هنا أدناه.

2-

- أ. يلتزم البلد المضيف بدفع فروقات سعر الصرف في حالة وجود تأخير في التعويض المستحق.
- ب. يتم احتساب التعويض على أساس القيمة السوقية العادلة للاستثمار مباشرة في اليوم السابق لليوم الذي اتخذت فيه التدابير أو أعلن فيها للعموم.
- ج. ينبغي ان تكون قيمة التعويض قابلة للتحويل وبحرية الى البلد المحدد من قبل المتضرر وبنفس العملة أو أي عملة اخرى يقبلها المتضرر.
- د. تشمل قيمة التعويض الفائدة التجارية وفقاً لسعر الصرف السائد بحيث يتم احتسابها من تاريخ نزع الملكية حتى تاريخ السداد.

3- للمستثمر المتضرر من المصادرة الحق في المطالبة بحقوقه الاستثمارية امام السلطات المختصة بما فيها رفع دعوى قضائية أو أي جهة مستقلة لدى الطرف المتعاقد.

المادة (5) التعويض عن الاضرار

1. أي مستثمر تابع لأي طرف متعاقد يتكبد خسارة فيما يتعلق باستثماراته داخل أراضي الطرف المتعاقد الآخر بسبب الحرب أو أي نزاع مسلح آخر أو نسبة لفرض احكام الطوارئ أو في حالة الثورة أو التمرد أو العصيان المدني أو أي حدث مماثل أو في حالة القضاء والقدر أو لدى حدوث الظروف القاهرة داخل أراضي الطرف المتعاقد الآخر، سوف يمنح من جانب الطرف المتعاقد الآخر فيما يتعلق بالاموال المستردة والتعويض أو أية تسوية أخرى، معاملة لا تقل عن المعاملة التي تمنح لمستثمريه أو المستثمرين من الدول الاخرى، أيهما يكون افضل للمستثمر.
2. أي مستثمر تابع لأي طرف متعاقد يتكبد خسائر ينتج عنها ما يلي في الحالات الواردة في الفقرة (1):-

- أ. مصادرة استثماراته أو جزء منها من طرف قوات أو سلطات الطرف المتعاقد الآخر.
- ب. انهيار استثماراته أو جزء منها بواسطة قوات أو سلطات الطرف المتعاقد الآخر والذي لا يكون ضروريا في ذلك الوضع سوف يمنح في جميع الحالات من جانب الطرف المتعاقد الحق في استرداد أمواله أو في التعويض والذي كون عاجلا في الحالتين وملائما وفعالا ويكون التعويض وفقا للمادة 4 (2) و (3).

المادة (6) التحويلات

1. يضمن كل طرف متعاقد لمستثمري الطرف الآخر، حرية التحويل والمدفوعات المتعلقة باستثماراته في الخارج بحرية بدون تأخير وسوف تشمل بصفة خاصة على:-
 - أ. رأس المال الأساسي والقيم الإضافية من اجل الحفاظ على الاستثمار وزيادته.
 - ب. العوائد.

- ج. المستخلصات التي يتم دفعها بموجب عقد بما في ذلك اتفاقية القروض.
 د. عوائد المبيعات أو التصفية لكافة أو جزء من الاستثمارات.
 هـ. المستخلصات الخاصة بالتعويض بموجب المواد (4) و (5).
 و. المستخلصات الناشئة عن تسوية أي نزاع.
 ز. المكاسب والمكافآت الخاصة بالمستخدمين التي تم جلبهم من الخارج فيما يرتبط بالاستثمار.
2. يلتزم أي طرف متعاقد بان يضمن بأن التحويلات يتم تنفيذها بحرية الى عملة قابلة للتحويل بناء على أسعار الصرف السارية عند تاريخ التحويل داخل أراضي الطرف الذي يتم فيه تنفيذ التحويل.

المادة (7)

احلال الديون

في حالة قيام أي طرف متعاقد او وكالته المعينة من طرفه بسداد بموجب تعويض او ضمان او عقد تأمين خاص باستثمار نافع لمستثمر في أراضي الطرف المتعاقد الآخر، يقوم الأخير بالاعتراف دون مساس بكافة حقوق المستثمر بموجب الفصل الثاني، الجزء الاول تخصيص أي حقوق او شكوى خاصة بهذا المستثمر الى الطرف المتعاقد الاول او لوكالته التي يحددها الطرف السابق او وكالته التي يحددها في ممارسة أي حلول لهذه الحقوق والشكاوي المطلوبة بذات المدى مثل حق سلفة.

المادة (8)

التزامات أخرى

1. يلتزم كل طرف متعاقد في احترام ومراعاة أي التزام يتعهد به فيما يخص الاستثمارات المحددة للمستثمرين التابعين للطرف المتعاقد الاخر.
2. اذا كانت قوانين أي طرف متعاقد او التزاماته بموجب القانون الدولي القائم حاليا أو الذي يتم وضعه بعد ذلك من جانب الاطراف المتعاقدة بالاضافة الى الاتفاقية الحالية تنص على أحكام، سواء كانت عامة أم محددة تعطي حق الاستثمار للمواطنين او المؤسسات التابعة للطرف المتعاقد الاخر تمنح بموجبها معاملة اكثر امتيازاً من تلك التي توفرها الاتفاقية الحالية فان هذه الاحكام، والى المدى الذي تكون فيه اكثر امتيازاً سوف تكون هي النافذة ولها الأولوية على الاتفاقية.

المادة (9) رفض الفوائد

أي طرف متعاقد يجوز له رفض الفوائد بموجب هذه الاتفاقية الخاصة بأي مستثمر تابع للطرف المتعاقد الاخر والخاص باستثماراته اذا كان المستثمرين لاي طرف غير متعاقد يمتلكون او يشرفون على المستثمر المذكور اولا وان ذلك المستثمر ليست له أنشطة وأعمال جوهرية في أراضي الطرف التعاقد التي يتم انشاؤها وناسيسها بناء على قانونه.

الفصل الثاني: تسوية النزاعات الجزء الاول: تسوية النزاعات الناشئة بين المستثمر والطرف المتعاقد

المادة (10) نطاق التطبيق

هذا الجزء يطبق على النزاعات التي تنشأ بين احد الاطراف المتعاقدة واي مستثمر تابع للطرف المتعاقد الاخر فيما يخص أي مخالفة مزعومة لاي التزام من جانب الاول بموجب هذه الاتفاقية ويحدث خسائر أو أضرار للمستثمر أو لاستثماراته.

المادة (11) وسائل التسوية والفترات الزمنية

1. لحل النزاعات المتعلقة باستثمارات بين طرف متعاقد ومستثمر لطرف متعاقد اخر بموجب هذه الاتفاقية فانه من الواجب إجراء مشاورات بين الاطراف المعنية.
2. إذا لم تسفر هذه المشاورات عن حل خلال فترة ثلاثة أشهر من تاريخ طلب إجراء المشاورات فعندئذ يمكن للمستثمر رفع النزاع الى:
 - أ. المحاكم المختصة أو الادارية التابعة من طرف المتعاقد، طرف النزاع.

- ب. طبقا لإجراءات فض تسوية النزاعات المتفق عليها مسبقا والقابلة للتطبيق.
- ج. أو وفقا بنصوص هذه المادة الى:-
- (I) المركز الدولي لتسوية نزاعات الاستثمار (أكسيد) والذي تم تأسيسه بموجب معاهدة تسوية نزاعات الاستثمار بين الدول والمواطنين التابعين لدول أخرى (معاهدة أكسيد) اذا كان الطرف المتعاقد الذي يتبع له المستثمر والطرف المتعاقد طرف النزاع كلاهما أطراف موقعة على معاهدة أكسيد.
- (II) المركز بموجب الاحكام التي تحكم وتنظم التسهيلات الإضافية للدعاوي الادارية من قبل أمانة المركز إذا كان المستثمر التابع للطرف المتعاقد او الطرف المتعاقد طرف بالنزاع ولكن ليس كلاهما موقعا وعضوا في اتفاقية (أكسيد).
- (III) الى محكم وحيد أو الى محكمة تحكيم يتم تأسيسها بموجب أحكام التحكيم التابعة للجنة الامم المتحدة للقانون التجاري الدولي (أونسترال).
- (IV) غرفة التجارة الدولية بواسطة محكم وحيد او محكمة خاصة بموجب أحكام التحكيم.

المادة (12)

موافقة الطرف المتعاقد

1. أي طرف متعاقد يوافق دون شروط في احالة النزاع أمام التحكيم الدولي طبقا لهذا الجزء غير انه يجوز عدم تقديم أي نزاع للتحكيم الدولي إذا قامت محكمة محلية تابعة لاي من طرفي التعاقد باصدار قرار حول النزاع.
2. الموافقة المشار اليها في الفقرة (1) تتضمن استبعاد اقتضاء ضرورة ان الحلول الادارية والقضائية يجب الوصول الى أقصى حد لإمكانياتها.

المادة (13) التعويض

يمنع أي طرف متعاقد من التأكيد على سبيل الدفاع أو الرد على مطلب الشكوى أو الحق في اسقاط أو لاي سبب اخر ان التعويض أو أي تعويضات اخرى عن كافة أو جزء من الأضرار المزعمة قد تم استلامها أو سوف يتم استلامها بموجب عقد تعويض أو ضمان أو تأمين.

المادة (14) القانون الواجب التطبيق

1. أي محكمة يتم تأسيسها بموجب هذا الجزء سوف تقرر في النزاع طبقاً لهذه الاتفاقية والقوانين والأحكام والمبادئ الخاصة بالقانون الدولي.
2. مسائل النزاع بموجب المادة 8 يتم اقرارها في انعدام أي اتفاقية اخرى طبقاً للقوانين الخاصة بالطرف المتعاقد، طرف النزاع أو بموجب تفويض أو اتفاقية وأحكام القانون الدولي القابلة للتطبيق.

المادة (15) الأحكام الممنوحة والتنفيذ

1. الأحكام الممنوحة والتي تشمل على حكم ممنوح لفائدة سوف تكون نهائية وملزمة لأطراف النزاع ويمكن ان تنص على أشكال النفاذ الآتية:-
 - أ. اقرار بان الطرف المتعاقد قد عجز عن مراعاة التزاماته بموجب هذه الاتفاقية.
 - ب. التعويض المالي الذي يشتمل على الفائدة من وقت الخسارة أو الضرر الذي تم تكبده وحتى زمن السداد.
 - ج. الانصاف عينياً في حالات ملائمة شريطة ان يقوم الطرف المتعاقد بدفع تعويض مالي بدلاً عن ذلك اذا كان الانصاف غير قابل للتطبيق.
 - د. اتفاق أطراف النزاع على أي شكل من أشكال الحلول.

2. أي طرف متعاقد عليه توفير وسائل التنفيذ الفعال للأحكام الممنوحة الصادرة بموجب هذه المادة و عليه تنفيذ أي حكم يصدر في دعوى يكون طرفاً فيها وذلك دون تأخير.

الجزء الثاني: تسوية النزاعات بين الأطراف المتعاقدة.

المادة (16)

النطاق والاستشارات والوساطة والصلح

النزاعات التي تنشأ بين الأطراف المتعاقدة بشأن تفسير أو تطبيق هذه الاتفاقية، وبقدر المستطاع، يتم تسويتها ودياً أو عبر التشاور أو الوساطة أو الصلح.

المادة (17)

رفع الدعاوى القضائية

1. بناء على طلب أي من طرفي التعاقد فإن أي نزاع ينشأ حول تفسير أو تطبيق هذه الاتفاقية يمكن تقديمه إلى محكمة تحكيم للفصل فيه خلال مدة أقصاه 60 يوماً بعد إرسال إخطار الطلب للطرف المتعاقد الآخر.
2. أي طرف متعاقد لا يمكنه رفع شكوى قضائية بموجب هذا الجزء حول نزاع يخص مخالفة حقوق أي مستثمر يكون هذا المستثمر قد عرضه للتحكيم بموجب الجزء الأول من الفصل الثاني الوارد في هذه الاتفاقية، باستثناء حالة عجز الطرف المتعاقد الآخر في مراعاة والامتثال للحكم الصادر بشأن ذلك النزاع أو القضايا (الدعاوى) التي تكون قد انتهت دون إيجاد حل من قبل محكمة تحكيم تفصل في دعوى مستثمر.

المادة (18)

تشكيل المحكمة

1. يتم تأسيس محكمة التحكيم الخاصة على النحو التالي:
أي طرف من الأطراف المتعاقدة يقوم بتعيين عضو واحد ويقوم هذان العضوان بالاتفاق على اختيار دولة ثالثة تسند إليها مهام الرئيس، هؤلاء الأعضاء سوف يعينهم خلال شهرين من تاريخ قيام أحد الأطراف

المعاقدة بإبلاغ الطرف الآخر موضحاً رغبته في تقديم النزاع إلى محكمة التحكيم والتي يتم تعيين رئيسها خلال شهرين إضافيين.

2. في حالة عدم مراعاة الفترات الواردة والمحددة في الفقرة (1) من هذه المادة يجوز لأي من أطراف التعاقد، وفي انعدام أي ترتيب في الخصوص، دعوة رئيس محكمة العدل الدولية في القيام باتخاذ التعيينات الضرورية، إذا كان رئيس محكمة العدل الدولية هو مواطن من جنسية أي من طرفي التعاقد أو منع من ممارسة مهامه المذكورة أعلاه يقوم نائب الرئيس أو في حالة عدم قدرته يباشر أي عضو بمحكمة العدل الدولية يليه في الأقدمية تلك المهام وبموجب نفس الشروط في القيام بإجراء التعيينات الضرورية.
3. أعضاء محكمة التحكيم يجب أن يكونوا أشخاصاً مستقلين وغير متحيزين.

المادة (19)

القانون المطبق والاحكام البديلة

1. تقوم محكمة التحكيم باتخاذ قرار في النزاعات طبقاً لهذه الاتفاقية والاحكام القانونية القابلة للتطبيق ومبادئ القانون الدولي.
2. باستثناء حالة اقرار الاطراف خلاف ذلك فان المحكمة الدائمة الخاصة بالاحكام الاختيارية للتحكيم حول تحكيم النزاعات سوف يتم تطبيقه على الامور التي تحكمها نصوص احكام هذا الجزء.

المادة (20)

الاحكام

1. تقوم المحكمة بعرض النتائج القانونية والحقائق التي توصلت إليها في الاحكام الممنوحة مع ابداء الاسباب لذلك ويجوز لها بناء على طلب الطرف المتعاقد اصدار الاحكام في الاشكال الخاصة على النحو التالي:-
 - أ. اقرار بان فعل الطرف المتعاقد يعتبر مخالفة لالتزاماته بموجب هذه الاتفاقية.
 - ب. أية توصية يقدمها الطرف المتعاقد في تصرفه بمراعاة التزاماته بموجب هذه الاتفاقية.

- ج. التعويض المالي عن أي خسائر أو اضرار لمستثمر الطرف المتعاقد المطالب أو استثماراته.
- د. أي شكل آخر من أشكال التنفيذ الذي يمنح بشأن حكم ضد الطرف المتعاقد الذي وافق عليه، بما في ذلك الانصاف العيني لصالح المستثمر.
2. الحكم الصادر سوف يكون نهائيا وناظرا لاطراف النزاع.

المادة (21) التكاليف

يلتزم أي طرف متعاقد في سداد تكاليف ممثليه في الدعاوى تكاليف المحكمة يتم سدادها شراكة بين الاطراف المتعاقدة باستثناء حالة قيام المحكمة باصدار توجيه بان يتم سدادها بصورة مختلفة.

المادة (22) تنفيذ الاحكام

الاحكام المالية الممنوحة التي لا تتم مراعاتها خلال سنة واحدة من تاريخ منح الحكم يجب العمل على تنفيذها من خلال المحاكم التابعة لاي من الاطراف المتعاقدة ذات الاختصاص فيما يتعلق بالطرف العاجز المقصر.

الباب الثالث: أحكام ختامية

المادة (23) تطبيق الاتفاقية

1. تطبق هذه الاتفاقية على الاستثمارات التي تتم داخل أراضي أي من الاطراف المتعاقدة طبقا لتشريعته من قبل مستثمري الطرف المتعاقد الاخر قبل وبعد ان تدخل هذه الاتفاقية حيز التنفيذ ونفاذها.
2. لا يتم تطبيق هذه الاتفاقية على مطالب الدعاوى التي يتم تسويتها او الدعوى التي يتم رفعها قبل دخولها حيز التنفيذ وتصبح نافذة.

المادة (24)
الاستشارات

كل طرف من الاطراف المتعاقدة يجوز له ان يقترح على الطرف المتعاقد الاخر استشارات حول أي امر يتعلق بهذه الاتفاقية. هذه الاستشارات سوف تتعقد في أي زمان ومكان يتم الاتفاق عليه عبر القنوات الدبلوماسية.

المادة (25)

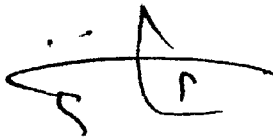
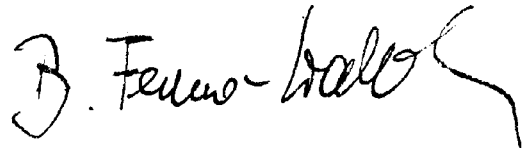
دخول الاتفاقية حيز التنفيذ ونفاذها وفترة صلاحيتها

1. تخضع هذه الاتفاقية للتصديق عليها وتسري وتصبح نافذة في اول يوم من الشهر الثالث الذي يلي الشهر الذي تم معه تبادل وثائق التصديق الرسمي عليها.
2. تظل هذه الاتفاقية نافذة لمدة عشر سنوات ويتم تمديدها بعد ذلك لمدة غير محددة غير انه يجوز ابطالها كتابيا عبر القنوات الدبلوماسية من أي من الاطراف المتعاقدة بموجب اخطار مدته سنة قبل انتهاء صلاحيتها.
3. فيما يتعلق بالاستثمارات التي تتم قبل تاريخ انتهاء صلاحية هذه الاتفاقية فإن الاحكام من (1) الى (23) من هذه الاتفاقية تبقى لفترة 10 سنوات من تاريخ انتهاء الاتفاقية الحالية.

تم تحرير هذه الاتفاقية في مدينة فيينا بتاريخ 2002/6/18 إفرنجي الموافق 1370/6/18 و.ر. باللغات الالمانية والعربية والانجليزية ، وتعتبر كافة هذه النصوص ذات قوة قانونية متساوية، وفي حالة وجود خلاف حول التفسير يرجح النص التوارد باللغة الانجليزية.

عن
الجمهورية العربية الليبية الشعبية
الاشتراكية العظمى
أمين اللجنة الشعبية العامة للاقتصاد والتجارة

عن
جمهورية النمسا
وزير الشؤون الخارجية

AGREEMENT

between the Republic of Austria and the Great Socialist People's Libyan Arab Jamahiriya for the Promotion and Protection of Investments

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GREAT SOCIALIST PEOPLE'S LIBYAN ARAB JAMAHIRIYA hereinafter referred to as "Contracting Parties",

DESIRING to create favourable conditions for greater economic co-operation between the Contracting Parties,

RECOGNIZING that the promotion and protection of investments may strengthen the readiness for such investments and hereby make an important contribution to the development of economic relations,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

CHAPTER ONE: GENERAL PROVISIONS

ARTICLE 1

Definitions

For the purpose of this Agreement

(1) "investor of a Contracting Party" means:

- (a) a natural person having the nationality of a Contracting Party in accordance with its applicable law; or
- (b) an enterprise constituted or organised under the applicable law of a Contracting Party; making or having made an investment in the other Contracting Party's territory.

(2) "investment by an investor of a Contracting Party" means every kind of asset in the territory of one Contracting Party, owned or controlled, directly or indirectly, by an investor of the other Contracting Party, including:

- (a) an enterprise constituted or organised under the applicable law of the first Contracting Party;
- (b) shares, stocks and other forms of equity participation in an enterprise as referred to in subparagraph (a), and rights derived therefrom;
- (c) bonds, debentures, loans and other forms of debt and rights derived therefrom;
- (d) any right whether conferred by law or contract, including turnkey contracts, concessions, licences, authorisations or permits to undertake an economic activity;
- (e) claims to money and claims to performance pursuant to a contract having an economic value;
- (f) intellectual property rights as defined in the multilateral agreements concluded under the auspices of the World Intellectual Property Organisation, including industrial property rights, copyright, trademarks, patents, industrial designs and technical processes, know-how, trade secrets, trade names and goodwill;
- (g) any other tangible or intangible, movable or immovable property, or any related property rights, such as leases, mortgages, liens, pledges or usufructs.

(3) "enterprise" means a legal person or any entity constituted or organised under the applicable law of a Contracting Party and whether private or government owned or controlled, including a corporation, trust, partnership, sole proprietorship, branch, joint venture or association.

(4) "returns" means the amounts yielded by an investment and, in particular, profits, interests, capital gains, dividends, royalties, licence fees and other fees.

(5) "territory" means with respect to each Contracting Party the land territory, internal waters, maritime and airspace under its sovereignty, including the exclusive economic zone and the continental shelf where the Contracting Party exercises, in conformity with international law, sovereign rights and jurisdiction.

ARTICLE 2

Promotion and Admission of Investments

(1) Each Contracting Party shall, according to its laws and regulations, promote and admit investments by investors of the other Contracting Party.

(2) Any alteration of the form in which assets are invested or reinvested shall not affect their character as an investment provided that such alteration is in accordance with the laws and regulations of the Contracting Party in whose territory the investment was made.

ARTICLE 3

Treatment of Investments

(1) Each Contracting Party shall accord to investments by investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment and full and constant protection and security.

(2) A Contracting Party shall not impair by unreasonable or discriminatory measures the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment by investors of the other Contracting Party.

(3) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favourable than that it accords to its own investors and their investments or to investors of any third country and their investments with respect to the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment, whichever is more favourable to the investor.

(4) No provision of this Agreement shall be construed as to oblige a Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and to their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from

- (a) any membership in a free trade area, customs union, common market, economic community or any multilateral agreement on investment;
- (b) any international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation.

(5) Each Contracting Party shall promptly publish, or otherwise make publicly available, its laws, regulations, procedures as well as international agreements which may affect the operation of the Agreement.

ARTICLE 4

Expropriation and Compensation

(1) A Contracting Party shall not expropriate or nationalise directly or indirectly an investment of an investor of the other Contracting Party or take any measures having equivalent effect (hereinafter referred to as "expropriation") except:

- (a) for a purpose which is in the public interest,
- (b) on a non-discriminatory basis,
- (c) in accordance with due process of law, and
- (d) accompanied by payment of prompt, adequate and effective compensation in accordance with paragraphs (2) and (3) below.

(2) Compensation shall:

- (a) be paid without delay. In case of delay any exchange rate loss arising from this delay shall be borne by the host country.
- (b) be equivalent to the fair market value of the expropriated investment immediately before the expropriation occurred. The fair market value shall not reflect any change in value occurring because the expropriation had become publicly known earlier.
- (c) be paid and made freely transferable to the country designated by the claimants concerned and in the currency of the country of which the claimants are nationals or in any freely convertible currency accepted by the claimants.
- (d) include interest at a commercial rate established on a market basis for the currency of payment from the date of expropriation until the date of actual payment.

(3) An investor of a Contracting Party which claims to be affected by expropriation by the other Contracting Party shall have the right to prompt review of its case, including the valuation of its investment and the payment of compensation in accordance with the provisions of this Article, by a judicial authority or another competent and independent authority of the latter Contracting Party.

ARTICLE 5**Compensation for Losses**

(1) An investor of a Contracting Party who has suffered a loss relating to its investment in the territory of the other Contracting Party due to war or to other armed conflict, state of emergency, revolution, insurrection, civil disturbance, or any other similar event, or acts of God or force majeure, in the territory of the latter Contracting Party, shall be accorded by the latter Contracting Party, as regards restitution, indemnification, compensation or any other settlement, treatment no less favourable than that which it accords to its own investors or to investors of any third state, whichever is most favourable to the investor.

(2) An investor of a Contracting Party who in any of the events referred to in paragraph (1) suffers loss resulting from:

(a) requisitioning of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, or

(b) destruction of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, which was not required by the necessity of the situation, shall in any case be accorded by the latter Contracting Party restitution or compensation which in either case shall be prompt, adequate and effective and, with respect to compensation, shall be in accordance with Article 4 (2) and (3).

ARTICLE 6**Transfers**

(1) Each Contracting Party shall guarantee that all payments relating to an investment by an investor of the other Contracting Party may be freely transferred into and out of its territory without delay. Such transfers shall include, in particular:

(a) the initial capital and additional amounts to maintain or increase an investment;

(b) returns;

(c) payments made under a contract including a loan agreement;

(d) proceeds from the sale or liquidation of all or any part of an investment;

(e) payments of compensation under Articles 4 and 5;

(f) payments arising out of the settlement of a dispute.

(2) Transfers shall be made in a freely convertible currency at the rate of exchange applicable on the date of transfer pursuant to the exchange regulations in force of the Contracting Party in whose territory the investment was made.

ARTICLE 7**Subrogation**

If a Contracting Party or its designated agency makes a payment under an indemnity, guarantee or contract of insurance given in respect of an investment by an investor in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognize without prejudice to the rights of the investor under Chapter Two Part One the assignment of any right or claim of such investor to the former Contracting Party or its designated agency and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right and claim to the same extent as its predecessor in title.

ARTICLE 8**Other Obligations**

(1) Each Contracting Party shall observe any obligation it may have entered into with regard to specific investments by investors of the other Contracting Party.

(2) If the laws of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement contain rules, whether general or specific, entitling investments by nationals or enterprises of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such rules shall to the extent that they are more favourable prevail over the present Agreement.

ARTICLE 9**Denial of Benefits**

A Contracting Party may deny the benefits of this Agreement to an investor of the other Contracting Party and to its investments, if investors of a Non-Contracting Party own or control the first mentioned investor and that investor has no substantial business activity in the territory of the Contracting Party under whose law it is constituted or organized.

CHAPTER TWO: DISPUTE SETTLEMENT**PART ONE: Settlement of Disputes between an Investor and a Contracting Party****ARTICLE 10****Scope and Standing**

This Part applies to disputes between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an alleged breach of an obligation of the former under this Agreement which causes loss or damage to the investor or his investment.

ARTICLE 11**Means of Settlement, Time Periods**

(1) For the purpose of solving disputes with respect to investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an alleged breach of an obligation under this Agreement consultation shall take place between the parties concerned.

(2) If these consultations do not result in a solution within three months from the date of request for consultations, the investor may submit the dispute:

- (a) to the competent courts or administrative tribunals of the Contracting Party in whose territory the investment has been made;
- (b) in accordance with any applicable previously agreed dispute settlement procedure; or
- (c) in accordance with this Article to:
 - (i) the International Centre for Settlement of Investment Disputes (“the Centre”), established pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States (“the ICSID Convention”), if the Contracting Party of the investor and the Contracting Party, party to the dispute, are both parties to the ICSID Convention;
 - (ii) the Centre under the rules governing the Additional Facility for the Administration of Proceedings by the Secretariat of the Centre, if the Contracting Party of the investor or the Contracting Party, party to the dispute, but not both, is a party to the ICSID Convention;
 - (iii) an ad hoc arbitration tribunal established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (“UNCITRAL”);
 - (iv) the International Chamber of Commerce, by a sole arbitrator or an ad hoc tribunal under its rules of arbitration.

ARTICLE 12**Contracting Party Consent**

(1) Each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration in accordance with this Part.

(2) The consent referred to in paragraph (1) implies the renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical remedies should be exhausted.

ARTICLE 13**Indemnification**

A Contracting Party shall not assert as a defence, counter-claim, right of set-off or for any other reason, that indemnification or other compensation for all or part of the alleged damages has been received or will be received pursuant to an indemnity, guarantee or insurance contract.

ARTICLE 14**Applicable Law**

(1) A tribunal established under this Part shall decide the dispute in accordance with this Agreement and applicable rules and principles of international law.

(2) Issues in dispute under Article 8 shall be decided, absent other agreement, in accordance with the law of the Contracting Party, party to the dispute, the law governing the authorization or agreement and such rules of international law as may be applicable.

ARTICLE 15**Awards and Enforcement**

(1) Arbitration awards, which may include an award of interest, shall be final and binding upon the parties to the dispute and may provide the following forms of relief:

- (a) a declaration that the Contracting Party has failed to comply with its obligations under this Agreement;
- (b) pecuniary compensation, which shall include interest from the time the loss or damage was incurred until time of payment;
- (c) restitution in kind in appropriate cases, provided that the Contracting Party may pay pecuniary compensation in lieu thereof where restitution is not practicable; and
- (d) with the agreement of the parties to the dispute, any other form of relief.

(2) Each Contracting Party shall make provision for the effective enforcement of awards made pursuant to this Article and shall carry out without delay any such award issued in a proceeding to which it is party.

PART TWO: Settlement of Disputes between the Contracting Parties**ARTICLE 16****Scope, Consultations, Mediation and Conciliation**

Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled amicably or through consultations, mediation or conciliation.

ARTICLE 17**Initiation of Proceedings**

(1) At the request of either Contracting Party a dispute concerning the interpretation or application of this Agreement may be submitted to an arbitral tribunal for decision not earlier than 90 days after such request has been notified to the other Contracting Party.

(2) A Contracting Party may not initiate proceedings under this Part for a dispute regarding the infringement of rights of an investor which that investor has submitted to arbitration under Part One of Chapter Two of this Agreement, unless the other Contracting Party has failed to abide by and comply with the award rendered in that dispute or those proceedings have terminated without resolution by an arbitral tribunal of the investor's claim.

ARTICLE 18**Formation of the Tribunal**

(1) The arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows:

Each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third state as their chairman. Such members shall be appointed within two (2) months from the date one Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal, the chairman of which shall be appointed within two (2) further months.

(2) If the periods specified in paragraph (1) of this Article are not observed, either Contracting Party may, in the absence of any relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either of the Contracting Parties or if he/she is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President or in case of his/her inability the member of the International Court of Justice next in seniority should be invited under the same conditions to make the necessary appointments.

(3) Members of an arbitral tribunal shall be independent and impartial.

ARTICLE 19**Applicable Law, Default Rules**

(1) The arbitral tribunal will decide disputes in accordance with this Agreement and the applicable rules and principles of international law.

(2) Unless the parties to the dispute decide otherwise, the Permanent Court of Arbitration Optional Rules for Arbitrating Disputes shall apply to matters not governed by other provisions of this Part.

ARTICLE 20**Awards**

(1) The tribunal, in its award, shall set out its findings of law and fact, together with the reasons therefore, and may, at the request of a Contracting Party, award the following forms of relief:

- (a) a declaration that an action of a Contracting Party is in contravention of its obligations under this Agreement;
- (b) a recommendation that a Contracting Party brings its actions into conformity with its obligations under this Agreement;
- (c) pecuniary compensation for any loss or damage to the requesting Contracting Party's investor or its investment; or
- (d) any other form of relief to which the Contracting Party against whom the award is made consents, including restitution in kind to an investor.

(2) The arbitration award shall be final and binding upon the parties to the dispute.

ARTICLE 21**Costs**

Each Contracting Party shall pay the cost of its representation in the proceedings. The cost of the tribunal shall be paid for equally by the Contracting Parties unless the tribunal directs that they be shared differently.

ARTICLE 22**Enforcement**

Pecuniary awards which have not been complied with within one year from the date of the award may be enforced in the courts of either Contracting Party with jurisdiction over assets of the defaulting Party.

CHAPTER THREE: FINAL PROVISIONS**ARTICLE 23****Application of the Agreement**

(1) This Agreement shall apply to investments made in the territory of either Contracting Party in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party prior as well as after the entry into force of this Agreement.

(2) This Agreement shall not apply to claims which have been settled or procedures which have been initiated prior to its entry into force.

ARTICLE 24**Consultations**

Each Contracting Party may propose to the other Contracting Party consultations on any matter relating to this Agreement. These consultations shall be held at a place and at a time agreed upon through diplomatic channels.

ARTICLE 25**Entry into Force and Duration**

(1) This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month that follows the month during which the instruments of ratification have been exchanged.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years; it shall be extended thereafter for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Articles 1 to 23 of the present Agreement shall continue to be effective for a further period of ten years from the date of termination of the present Agreement.

DONE in duplicate at Vienna, on 18/06/2002, which corresponds to the 18/06/1370, in the German, Arabic and English languages, all texts being equally authentic. In case of difference of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Benita FERRERO-WALDNER

For the the Great Socialist People's Libyan Arab Jamahiriya:

Shukri GHANEM